

Von: Rosche, Carsten
Gesendet: Donnerstag, 10. August 2017 17:16
An: RegO1
Betreff: Vorab: Veröffentlichung von Gesetzentwürfen und
Verbändestellungnahmen aus der 18. Legislaturperiode (Enthält Fristen!)
Anlagen: BMI_Copybook_Gesetzgebungsverfahren.docx; Liste Beteiligungen.xlsx;
Übersicht GE BMI.docx

Bitte z.Vg. O1-15016/1#34 und O1-15016/1#33
Rosche

Von: Radunz, Vicky
Gesendet: Freitag, 4. August 2017 15:02
An: Rosche, Carsten
Cc: Ehlers, Bianca
Betreff: WG: Vorab: Veröffentlichung von Gesetzentwürfen und Verbändestellungnahmen aus der 18. Legislaturperiode (Enthält Fristen!)

Lieber Carsten, von uns ebenfalls noch Vorschläge für Ergänzungen (grün), nachdem ich mit meiner Kollegin gesprochen habe. Uns ist wichtig, dass wir mit der Mail einerseits (etwas) Akzeptanz für das Vorhaben im Haus schaffen und auf die Dringlichkeit der Angelegenheit hinweisen. Vorschlag wäre daher auch ein abschließender Satz in dieser Art:

„An dieser Stelle möchte ich den betroffenen Fachbereichen schon jetzt für die Unterstützung des Vorhabens danken. Durch die zeitnahe Veröffentlichung der Gesetzentwürfe und entsprechenden Verbändestellungnahmen sollen weitere Belastungen der Fachbereiche durch eine Vielzahl neuer IFG-Anträge vermieden werden.“

Für Fragen stehe ich gern zur Verfügung.

Beste Grüße
Vicky

Von: Gehl, Dagmar, Dr.
Gesendet: Freitag, 4. August 2017 13:58
An: Rosche, Carsten
Cc: INTERNETREDAKTION_; Presse_; Dimroth, Johannes, Dr.; Kibele, Babette, Dr.; O1_; Radunz, Vicky
Betreff: WG: Vorab: Veröffentlichung von Gesetzentwürfen und Verbändestellungnahmen aus der 18. Legislaturperiode (Enthält Fristen!)

Lieber Kollege,

von unserer Seite aus nur einige wenige Änderungsvorschläge (siehe jeweils im Text in roter Schrift).

Mit freundlichen Grüßen,

Dr. Dagmar Gehl

Leitungsstab
Presse; Öffentlichkeitsarbeit; Internet

Telefon: 030 - 18 681-11132

Von: Rosche, Carsten

Gesendet: Freitag, 4. August 2017 11:22

An: ZI4_; Presse_

Cc: Radunz, Vicky; O1_; Schüssler, Jana

Betreff: Vorab: Veröffentlichung von Gesetzentwürfen und Verbändestellungnahmen aus der 18. Legislaturperiode (Enthält Fristen!)

O1-15016/1#33

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Vorbereitungen für die Abfrage im Haus bzgl. der Veröffentlichung von Gesetzentwürfen und Verbändestellungnahmen aus der 18. Legislaturperiode sind abgeschlossen. Mit nachfolgender E-Mail soll das Verfahren eingeleitet werden. Für eine kurze Prüfung und ggf. Hinweise oder Anmerkungen bin ich dankbar. Der Versand soll möglichst am kommenden Montag erfolgen.

@ Z I 4:

Liebe Frau Felchner,

beim Abgleich der Liste von Stab PLG mit der Liste von der Kampagnenseite konnte ich vier bei Fragenstaat abfragbare Gesetze nicht zuordnen. Vielleicht können Sie mir aufgrund der IFG-Abfrage aus dem März helfen, welche OEs die entsprechenden Verfahren zugeliefert haben?

Es handelt sich um:

- Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91b)
- Entwurf eines Gesetzes zur Einstufung der Demokratischen Volksrepublik Algerien, des Königreichs Marokko und der Tunesischen Republik als sichere Herkunftsstaaten
- Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 2014/55/EU über die elektronische Rechnungsstellung im öffentlichen Auftragswesen
- Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung von Richtlinien der Europäischen Union auf dem Gebiet des Sprengstoffrechts und zur Änderung weiterer Vorschriften

@Presse:

Liebe Frau Dr. Gehl,

wie besprochen werde ich die Liste von Stab PLG mit den Kurztexen beifügen, weise jedoch explizit auf die Notwendigkeit der Prüfung durch das Fachreferat sowie Ihre Bitte nach bürgerfreundlichen und verständlichen Texten hin.

@ Z I 2:

Liebe Vicky,

wie besprochen zur Kenntnis.

Hier der Entwurf der E-Mail ans Haus zum Vorgehen in Sachen Veröffentlichung:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

in der St-Runde vom 10. Juli 2017 wurde vereinbart, dass die Bundesministerien Referentenentwürfe zu Gesetzgebungsverfahren sowie die aufgrund der Verbändebeteiligung nach § 47 Absatz 3 GGO eingegangenen Stellungnahmen aus der laufenden 18. Wahlperiode im Internet veröffentlichen. **Alle Bundesministerien haben sich zur Veröffentlichung dieser Dokumente verpflichtet.** Dazu ist ein ressortübergreifend einheitliches Verfahren anzuwenden. Dieses sieht vor, dass zunächst die Verbände über die geplante Veröffentlichung informiert werden und diesen die Möglichkeit gegeben wird, personenbezogene Daten in den Stellungnahmen zu schwärzen oder der

Veröffentlichung zu widersprechen. Anschließend werden die Dokumente sukzessive im Internet des BMI veröffentlicht.

Das Referat O 1 koordiniert die Umsetzung im Hause. Es soll wie folgt vorgefahren werden:

A. Beteiligung der Verbände

1. Alle Abteilungen melden, gesammelt für ihre OEs, alle die in ihrem Zuständigkeitsbereich in der 18. Legislaturperiode nach § 47 Absatz 3 GGO an Gesetzgebungsverfahren beteiligten Verbände und Fachkreise an das Referat O 1. Dazu ist die beigefügte Excel-Tabelle („Liste Beteiligungen.xlsx“) zu nutzen. Als Hilfestellung ist der Tabelle eine Übersicht der Gesetzgebungsverfahren des BMI aus der 18. Legislaturperiode beigefügt. Diese Liste erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit und ist von den zuständigen OEs bei Bedarf zu ergänzen.
2. Referat O 1 informiert die von den Abteilungen gemeldeten Verbände und Fachkreise gesammelt per E-Mail. Hierzu wird ein ressortübergreifend abgestimmtes Musterschreiben verwendet, um die Einheitlichkeit des Handelns der Bundesregierung sicherzustellen.
3. Gegebenenfalls eingehende Rückmeldungen der Verbände und Fachkreise werden durch Referat O 1 an die zuständigen OEs weitergeleitet. Um eine korrekte Zuordnung zu ermöglichen, ist es erforderlich, in die Excel-Tabelle die meldende OE und das jeweilige Gesetzgebungsverfahren einzutragen.

B. Vorbereitung der zu veröffentlichenden Dokumente

1. Zu jedem Gesetzgebungsverfahren sind der jeweilige Referentenentwurf, auf dessen Basis die Beteiligung nach § 47 Absatz 3 GGO durchgeführt wurde, sowie die dazu eingegangenen Stellungnahmen zu veröffentlichen. Sofern bei einem Gesetzgebungsverfahren kein Beteiligungsverfahren durchgeführt wurde, ist nur der ressortabgestimmte Referentenentwurf zu veröffentlichen.
2. Alle Dokumente sollen im Format PDF veröffentlicht werden. Liegt ein Dokument nur in einem anderen Format vor, ist ein PDF zu erzeugen. Sofern von Verbänden oder Fachkreisen Schwärzungen vorgenommen werden (siehe Punkt A.2. und A.3.), sind ausschließlich diese geänderten Stellungnahmen zu verwenden.
3. Um eine einheitliche Veröffentlichung im Internet zu erreichen, hat das Referat Presse eine Vorlage (sog. Copybook) erstellt, in der zusätzliche Informationen einzutragen sind. Die Vorlage ist im Format MS Word beigefügt („BMI Copybook Gesetzgebungsverfahren.docx“). Pro Gesetzgebungsverfahren ist eine Vorlage auszufüllen!

C. Übergabe der zu veröffentlichenden Dokumente an das Referat Presse/Internetredaktion

1. Pro Gesetzgebungsverfahren ist ein mit dem Kurztitel des Gesetzes benannter Ordner anzulegen, in dem die zugehörigen Dokumente (Referentenentwurf, ggf. Stellungnahmen der Verbände und das Word-Dokument mit den Meta-Informationen) gesammelt werden. Da die Dokumente abteilungsweise übermittelt werden (siehe Punkt 3), wird hierfür das „Abteilungslaufwerk“ empfohlen.
2. Die zu veröffentlichenden Dateien werden gem. den Vorgaben des Referats Presse benannt (siehe MS-Word Vorlage „BMI Copybook Gesetzgebungsverfahren.docx“).
3. Die Übermittlung der Dokumente an das Referat Presse wird mittels eines dafür von Z II 1 eingerichteten „Teamraums“ erfolgen. Pro (Unter-)Abteilung ist daher eine Ansprechperson zu benennen, die Zugriff auf den Teamraum erhält und die Dokumente der Gesetzgebungsvorhaben der Abteilung in den Teamraum einstellt. **Da die Einstellung im Internet möglichst zeitnah erfolgen soll, soll mit der Überspielung der Dateien in den Teamraum NICHT gewartet werden, bis alle Gesetzgebungsvorhaben einer Abteilung vorliegen.** Die Übermittlung soll **erst immer dann** erfolgen, wenn alle erforderlichen Dokumente **zu einem Gesetzgebungsverfahren** gesammelt und vorbereitet wurden. Die benannten Ansprechpartner erhalten zu gegebener Zeit weitere Informationen zum Verfahren.

Was ist nun zu tun?

1. **Abteilungsweite Erfassung der beteiligten Verbände und Übersendung der Excel-Tabelle an O 1 bis zum 11.08.2017 (DS)**
2. **Meldung der Ansprechperson für den Teamraum an O1 ebenfalls bis zum 11.08.2017 (DS)**
3. **Vorbereiten der Dokumente (Sammeln, Benennung, Ausfüllen des Copybooks)**

Vor der Übermittlung der Dokumente ist grundsätzlich die den Verbänden gesetzte Frist zum Widerspruch abzuwarten. O 1 wird zum gegebenen Zeitpunkt alle Abteilungen über den Ablauf der Frist informieren. Die Vorbereitung der Dokumente kann jedoch bereits parallel erfolgen. Gesetzentwürfe, zu denen keine Verbändebeteiligung erfolgte, können *(Vorschlag: sollen / wäre es nicht wichtig, so schnell wie möglich Dokumente einzustellen, an erster Stelle dabei die Gesetzentwürfe ohne Beteiligung?)* bereits vor Ablauf der Verbändefrist über den Teamraum übermittelt werden.

Arbeitshilfen:

1. Im März 2017 erfolgte eine hausweite Abfrage von bei Gesetzgebungsverfahren beteiligten Verbänden aufgrund eines IFG-Antrags. Für die Liste notwendige Informationen liegen daher ggf. bereits gesammelt bei den IFG-Beauftragten der Abteilungen/Stäbe vor.
2. In der beigefügten Datei „Übersicht GE BMI.docx“, die auf einer Liste des Stab PLG beruht, sind durch die Fachreferate zugeliferte Kurzbeschreibungen der Gesetzgebungsvorhaben enthalten. Diese können – nach erneuter Prüfung durch das Fachreferat – als Grundlage für den im Copybook anzugebenden Haupttext genutzt werden. Das Referat Presse bittet darum, die Texte bürgerfreundlich und verständlich abzufassen.

(abschließender Satz, siehe oben)

Mit freundlichen Grüßen

i. A. Carsten Rosche

--

Bundesministerium des Innern

Referat O 1

Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

Tel.: 030 / 18681 – 12807

Fax: 030/18681 -5 12807

Carsten.Rosche@bmi.bund.de

www.bmi.bund.de